

BMIMI - IV/E4 (Oberste Eisenbahnbehörde
Überwachung)
e4@bmimi.gv.at

An alle aktuell bestellten sachverständigen Prüfer:innen nach
dem Verzeichnis der bestellten sachverständigen Prüfer:innen
für Triebfahrzeugführer:innen gemäß § 149 EISbG

per E-Mail

ergeht zusätzlich zur Information an:
e3@bmimi.gv.at

Geschäftszahl: 2026-0.002.246

Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

Wien, 11. Februar 2026

Informationsschreiben

Pflichten der sachverständigen Prüfer:innen und Ankündigung der Aufsicht

Die Oberste Eisenbahnbehörde ist gemäß § 150a Abs. 1 Eisenbahngesetz 1957 (EISbG) zur Durchführung von Untersuchungen befugt, um zu überprüfen, ob von ihr bestellte sachverständige Prüfer:innen die Voraussetzungen für ihre Bestellung nach wie vor erfüllen. Im Rahmen dieser Aufsichtstätigkeit wurde wiederholt festgestellt, dass sachverständige Prüfer:innen gegen Pflichten nach dem Eisenbahngesetz, nach unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Bestimmungen oder Pflichten aufgrund des Bescheides zur Bestellung zur:zum sachverständigen Prüfer:in verstoßen haben. Um eine bessere Konformität mit den rechtlichen Vorgaben im Bereich der Prüfungen von Triebfahrzeugführer:innen zu erreichen, wurde von der Behörde im Rahmen der Aufsichtstätigkeit ein Schwerpunkt auf die Überprüfung der sachverständigen Prüfer:innen iSd § 150a Abs. 1 EISbG gelegt und wird von der Behörde angestrebt, alle sachverständigen Prüfer:innen für Triebfahrzeugführer:innen innerhalb der Bestelldauer von fünf Jahren zumindest einmal einer anlasslosen Aufsicht zu unterziehen.

Zur Erinnerung an die Pflichten von sachverständigen Prüfer:innen für Triebfahrzeugführer:innen und zur Ankündigung der anlasslosen Aufsicht über sachverständige Prüfer:innen hat die Oberste Eisenbahnbehörde am 25. April 2024, GZ: 2024-0.315.148, ein Informationsschreiben versendet. Aufgrund der durch die Aufsichtstätigkeit gewonnenen Erfahrungen wurde dieses Informationsschreiben nunmehr überarbeitet.

Voraussetzungen und Pflichten von sachverständigen Prüfer:innen

Gemäß § 148 EISbG müssen sachverständige Prüfer:innen **zuverlässig** und für die jeweilige Begutachtung **besonders geeignet** sein. Die Beurteilung dieser Erfordernisse iSd § 148 EISbG hat immer einzelfallbezogen zu erfolgen. Es ist dabei ein strenger Maßstab anzulegen. Für diese

Beurteilung ist insbesondere entscheidend, ob die im Bestellungsbescheid bzw. im diesem zugrundeliegenden Antrag angeführten Rahmenbedingungen für die Abhaltung von Prüfungen (weiterhin) eingehalten werden.

Bereits mit den Informationsschreiben der Obersten Eisenbahnbehörde vom 25. Oktober 2021, GZ 2021-0.311.802, wurde an die Pflichten der sachverständigen Prüfer:innen erinnert, deren Einhaltung Sie im jeweiligen Antrag auf Bestellung zum Nachweis Ihrer besonderen Eignung bestätigt haben und auf welche neuerlich hingewiesen wird:

1. die beruflichen Kompetenzen und Kenntnisse bezüglich der von der Bestellung zur:zum sachverständigen Prüfer:in umfassten Prüfungsgegenstände im Rahmen der Beschäftigung als Triebfahrzeugführer:in bei einem Eisenbahnunternehmen auf aktuellem Stand zu halten;
2. sich mit den sonstigen Pflichten der sachverständigen Prüfer:innen vertraut gemacht zu haben und diese insbesondere nach dem Beschluss Nr. 2011/765/EU zu den Kriterien der Anerkennung von Ausbildungseinrichtungen, die an der Ausbildung von Triebfahrzeugführern:innen beteiligt sind, den Kriterien der Anerkennung von Prüfer:innen von Triebfahrzeugführer:innen und den Kriterien für die Organisation von Prüfungen gemäß der Richtlinie 2007/59/EG einzuhalten;
3. Prüfungen unparteilich und diskriminierungsfrei durchzuführen, frei von jedem Druck und Anreiz, die die Beurteilung, das Ergebnis oder die Durchführung der Prüfung beeinflussen könnten;
4. nur Personen zu prüfen, bei denen Sie an der vorbereitenden Ausbildung nicht beteiligt waren und sonstige Einflüsse Dritter (insbesondere ihrer Vorgesetzten und von Mitarbeitern:innen von Schulungseinrichtungen von Triebfahrzeugführer:innen) ausgeschlossen werden können;
5. im Zuge der Prüfungsvorbereitung individuell für jede:n Prüfungswerber:in die Art der durchzuführenden Prüfungen samt Prüfungsinhalten und Prüfungsmethoden für die zu prüfenden allgemeinen, schienenbahn- und schienenfahrzeugbezogenen Fachkenntnisse schriftlich festzuhalten;
6. die Prüfungsfragen streng vertraulich zu behandeln und bis zur Prüfung unter Verschluss zu halten;
7. nur Personen zu prüfen, welche über eine Teilnahmebestätigung im Sinne des § 151 EisbG verfügen;
8. bei Prüfung der allgemeinen Fachkenntnisse zur Erlangung der Fahrerlaubnis eine mündliche und schriftliche Prüfung, sowie bei Beurteilung der schienenfahrzeugbezogenen und schienenbahnbezogenen Fachkenntnisse eine mündliche, eine schriftliche sowie eine praktische Prüfung (jeweils analog zu § 12 EISBEPV) samt Prüfungsfahrt abzuhalten;
9. praktische Fahrprüfungen nur durchzuführen, wenn ein Eisenbahnunternehmen, das die Eisenbahninfrastruktur oder das Schienenfahrzeug für die Prüfungsfahrt zur Verfügung stellt, für allfällige Schäden während der Prüfung haftet oder auf andere Weise für die Prüfungsfahrt vorgesorgt wurde;
10. im Rahmen der Prüfung Aufzeichnungen über die Erfüllung der Anforderungen zu den einzelnen Prüfungsinhalten zu führen;
11. das Prüfungsergebnis ohne Einwirkung anderer Personen unmittelbar nach Ende der Prüfung sofort bekannt zu geben und schriftlich zu dokumentieren;
12. ein Zeugnis mit dem Prüfungsergebnis gemäß § 134 und § 145 EISbG auszustellen.

Information über die Ergebnisse bisheriger Aufsichtstätigkeit

Im Zuge der bisher durchgeführten Aufsichtstätigkeit wurde festgestellt, dass es Fragestellungen bzw. Abweichungen gibt, die gehäuft auftreten. Diese werden daher in der Folge näher erläutert.

Berufliche Kompetenzen und Kenntnisse – Änderung der Bestellung und Richtigstellung im Verzeichnis gemäß § 149 EisbG

Es wurde festgestellt, dass bei vielen sachverständigen Prüfer:innen nicht mehr sämtliche im Verzeichnis der bestellten sachverständigen Prüfer:innen für Triebfahrzeugführer:innen gemäß § 149 EisbG eingetragene Schienenfahrzeugtypen in den von ihnen der Behörde im Rahmen der Aufsicht vorgelegten Zusatzbescheinigungen für Triebfahrzeugführer:innen erfasst sind.

Die Oberste Eisenbahnbehörde weist zunächst darauf hin, dass sachverständige Prüfer:innen sicherzustellen haben, dass sie über die beruflichen Kompetenzen und Kenntnisse bezüglich der von der Bestellung zur:zum Prüfer:in umfassten Prüfungsgegenstände im Rahmen der Beschäftigung als Triebfahrzeugführer:in bei einem Eisenbahnunternehmen verfügen und diese aktuell halten. Aus Sicht der Obersten Eisenbahnbehörde ist mangels Anführung in einer Bescheinigung nicht belegt, dass für diese Schienenfahrzeugtypen im Rahmen eines Sicherheitsmanagementsystems eines Eisenbahnunternehmens die laufende Weiterbildung und die Überprüfung durch das Unternehmen gemäß § 146 Abs. 4 EisbG absolviert wurde. Die betroffenen sachverständigen Prüfer:innen erfüllen die Voraussetzungen für ihre Bestellung für diese Schienenfahrzeugtypen aus Sicht der Obersten Eisenbahnbehörde nicht mehr.

Ferner ist aus diesem Anlass durch die Oberste Eisenbahnbehörde an die Voraussetzungen zur Ausstellung von Bescheinigungen zu erinnern. Diesbezüglich wird auch auf das Informationsschreiben der Obersten Eisenbahnbehörde vom 12. September 2024 zu GZ: 2024-0.628.007 betreffend Bescheinigungen für Triebfahrzeugführer:innen hingewiesen, welches an sämtliche Eisenbahnunternehmen ergangen ist (**Beilage 1**). Für sachverständige Prüfer:innen zählt das Wissen zur rechtskonformen Ausstellung von Bescheinigungen zur besonderen Eignung. Es ist daher jedenfalls notwendig, dass der:die sachverständige Prüfer:in sämtliche auf ihn:sie ausgestellten Bescheinigungen auf Rechtskonformität prüft.

Liegen die Voraussetzungen der Bestellung zur Gänze oder in Hinblick auf bestimmte Prüfungsgegenstände nicht mehr vor, ist eine entsprechende Änderung der Bestellung und Eintragung in das Verzeichnis gemäß § 149 EisbG bei der zuständigen Abteilung E3 (e3@bmim.gv.at) zu veranlassen. Die betrifft unter anderem auch das Ende des Dienstverhältnisses als Triebfahrzeugführer:in bei einem Eisenbahnunternehmen, beispielsweise durch Versetzung in den Ruhestand.

Dazu erfolgt auch ein Hinweis in den Bestellungsbescheiden: *„Sachverständige Prüfer und Prüferinnen haben allfällige Änderungen an den im Verzeichnis aufgenommenen Daten oder den Voraussetzungen für die Bestellung der Bundesministerin / dem Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur unverzüglich bekannt zu geben.“*

Ablauf der Prüfung

Es wurde festgestellt, dass hinsichtlich des Ablaufs der Prüfungen mehrfach Unregelmäßigkeiten auftraten. Bei der Prüfung gemäß § 148 EisbG werden die allgemeinen (gemäß Anhang IV Richtlinie 2007/59/EG), schienenfahrzeugbezogenen (gemäß Anhang V Richtlinie 2007/59/EG)

sowie schienenbahnbezogenen Fachkenntnisse (gemäß Anhang VI Richtlinie 2007/59/EG) von jeweils einer:inem sachverständigen Prüfer:in begutachtet. Eine Aufteilung der Prüfung in einen technischen und einen betrieblichen Teil ist hier nicht vorgesehen.

Im Rahmen des Antrags auf Bestellung ist unter anderem auch anzugeben, wie die Prüfungen durchgeführt werden sollen. Demnach ist bei Prüfung der allgemeinen Fachkenntnisse zur Erlangung der Fahrerlaubnis eine mündliche und schriftliche Prüfung, sowie bei Beurteilung der schienenfahrzeugbezogenen und schienenbahnbezogenen Fachkenntnisse eine mündliche, eine schriftliche sowie eine praktische Prüfung (jeweils analog zu § 12 EisebEPV) samt Prüfungsfahrt abzuhalten.

§ 12 Abs. 3 Eisenbahn-Eignungs- und Prüfungsverordnung (EisebEPV) sieht vor, dass die mündliche Prüfung einer Person für jeden Prüfungsgegenstand zumindest 15 Minuten dauern soll und grundsätzlich nach 20 Minuten zu beenden ist. § 12 Abs. 4 EisebEPV regelt, dass die Aufgaben bei einer schriftlichen oder einer praktischen Prüfung so zu stellen sind, dass sie in der Regel in 60 Minuten gelöst werden können. Die Prüfung ist nach 80 Minuten zu beenden.

Die Oberste Eisenbahnbehörde verweist diesbezüglich auch auf den Durchführungserlass zur EisebEPV vom 11. Juni 2014, BMVIT-220.236/0004-IV/SCH2/2013, in welchem die Rechtsansicht der Obersten Eisenbahnbehörde zu den einzelnen Themenbereichen wiedergegeben bzw. Zweckmäßigkeitserwägungen aufgezeigt werden. Zur Durchführung von Prüfungen gemäß § 12 EisebEPV ist dem genannten Erlass nicht nur zu entnehmen, dass Prüfungen vorzubereiten sind, sondern auch insbesondere, dass die festgelegten Prüfungszeiten es ermöglichen, stichprobenweise die Eignung zu ermitteln. Es ist insbesondere nicht Aufgabe jeder Prüfung, den gesamten Prüfungsstoff abzufragen. Auf den Umfang der Ausbildung wird bei den Prüfungen insofern Rücksicht genommen, als neben einer mündlichen Prüfung auch eine schriftliche oder praktische Prüfung vorgesehen wird. Die Prüfungsgegenstände sind von sachverständigen Prüfer:innen daher so zu wählen, dass die mündlichen, schriftlichen und praktischen Prüfungen zur Begutachtung nach § 150 Abs. 2 EisebG analog zu § 12 EisebEPV durchgeführt werden können.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass wenn in der mündlichen und/oder schriftlichen Prüfung keine ausreichenden schienenfahrzeug- oder schienenbahnbezogenen Fachkenntnisse nachgewiesen werden können, es aus Sicht der Obersten Eisenbahnbehörde nachvollziehbar ist, wenn der:die sachverständige Prüfer:in ohne Prüfungsfahrt ein Zeugnis mit der Feststellung ausstellt, dass die Prüfung nicht bestanden wurde.

Veröffentlichung von Informationsschreiben

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass Informationsschreiben der Obersten Eisenbahnbehörde, die im Rahmen von Aufsichtsverfahren ergehen, künftig auf der Internetseite des Bundesministeriums (<https://www.bmimi.gv.at/themen/verkehr/eisenbahn/sicherheit/aufsichtsstrategie.html>) veröffentlicht werden.

Selbstüberprüfung und anlasslose Aufsicht

Unabhängig von einer nachfolgenden personenbezogenen anlasslosen Aufsicht wird seitens der Obersten Eisenbahnbehörde davon ausgegangen, dass sämtliche sachverständigen Prüfer:innen anhand der beigelegten Checkliste (**Beilage 2**) – sollte dies nicht bereits erfolgt sein – eine Selbstüberprüfung durchführen, ob den angeführten Pflichten vollständig entsprochen wird bzw. gegebenenfalls unverzüglich den rechtskonformen Zustand herstellen und dies

durch Befüllen der beigelegten Checkliste entsprechend dokumentieren. Die Checkliste sieht hierfür Felder zur Eintragung von allfällig festgestellten Abweichungen und getroffenen Vorkehrungen zur Beseitigung der Abweichung vor.

Eine unmittelbare **Vorlage** dieser im Rahmen des Informationsschreibens versendeten ausgefüllten Checkliste an die Oberste Eisenbahnbehörde hat **nicht** zu erfolgen.

Im Zuge der eingangs angeführten anlasslosen Aufsicht werden aber **in der Folge** einzelne sachverständige Prüfer:innen von der Obersten Eisenbahnbehörde individuell angeschrieben und in einem ersten Schritt zur Vorlage von Unterlagen aufgefordert (insbesondere die dann ausgefüllte Checkliste, Kopien sämtlicher aktuell ausgestellter Bescheinigungen gemäß § 141 EisbG, Auflistung der durchgeführten Prüfungen mit Datum, geprüfte Person, geprüfte Fachkenntnisse, jeweils für die schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfungen aufgewendeten Zeiten sowie die im Rahmen von praktischen Prüfungen befahrenen Eisenbahnen bzw. Teile von Eisenbahnen, eine Kopie eines ausgestellten Prüfungszeugnisses für schienenfahrzeug- oder schienenbahnbezogene Fachkenntnisse). Diese angeforderten Unterlagen werden sodann von der Behörde stichprobenartig geprüft. Bei Bedarf werden in weiterer Folge weitere Unterlagen angefordert bzw. bei aufgetretenen Fragen sachverständige Prüfer:innen zu (schriftlichen oder mündlichen) Stellungnahmen aufgefordert.

Die Oberste Eisenbahnbehörde wird in Aufsichtsverfahren gegebenenfalls die Vorlage eines Auszugs aus dem Register bzw. Nachweise über einzelne Prüfungen anfordern, letztere jedoch nur für maximal fünf Jahre zurückliegende Prüfungen. Sachverständige Prüfer:innen werden abschließend über die Ergebnisse der Aufsicht durch die Behörde schriftlich informiert.

Soweit im Zuge der Aufsicht Nichtkonformitäten festgestellt wurden, hätten sachverständige Prüfer:innen der Behörde jene Maßnahmen zu nennen, die zur ehestmöglichen Beseitigung der Nichtkonformitäten ergriffen werden sollen (zB Verbesserung der Dokumentation, Antrag auf Einschränkung der Begutachtungsbefugnis). Die Behörde wird diese Maßnahmen bei der Beurteilung im Sinne des § 150a EisbG entsprechend berücksichtigen.

Für allfällige Rückfragen steht die Oberste Eisenbahnbehörde weiterhin gerne zur Verfügung.

Beilage

Beilage 1: Informationsschreiben vom 12. September 2024, GZ: 2024-0.628.007

Beilage 2: Checkliste für sachverständige Prüfer:innen nach § 148 EisbG

Für den Bundesminister:

Mag. Michael Luczensky